

jedoch während des ersten Weltkrieges. Die angelsächsische „Föderalistische Schule“ machte kurz vor dem Zweiten Weltkrieg erneut von sich reden, als sie zur Überwindung nationalstaatlichen Denkens eine Europäische Föderation propagierte. Ihre Theorien sollten zudem einen gewissen Einfluß auf die italienische Europapolitik erlangen.

Last but not least umrissen *Elizabeth Meehan* (Belfast) und *Dermot Keogh* (Cork) in ihren Beiträgen die Hoffnungen und Ängste der (Nord-)Iren hinsichtlich einer fortgesetzten europäischen Integration, die einerseits föderale Strukturen in Großbritannien verstärken und somit Nordirland mehr Rechte einräumen, andererseits aber die Verminderung der Unterstützung Belfasts durch London einleiten könnte.

Zum Abschluß der Tagung hob *Franz Knipping* mit Blick auf den Wandel in Ost- und Südosteuropa die Aktualität der behandelten Themen hervor. Aus den Tagungsschwerpunkten Zentralismus, Regionalismus, Selbstbestimmungsrecht, Separatismus, Subsidiarität und Gleichgewichtspolitik leitete er zudem Wirkungsrichtungen für das neue Europäische Zentrum für Föderalismusforschung in Tübingen ab.

Die am Rande des Symposiums durchgeführte Beratung der Jean Monnet-Professoren bestätigte und vertiefte den eingeschlagenen Weg der institutionalisierten Zusammen-

arbeit. Die nächste gemeinsame Veranstaltung über „Demokratische Defizite in der EG“ soll unter Federführung von *Louis le Hardy de Beaulieu* am 8./9. Juli 1994 in Namur stattfinden.

Ralph Dietl/Matthias Schönwald/  
Werner Scholz

### **Mai 1968 jenseits der Mauer Eine Tagung in Leipzig über den Unterschied von 1968 in West und Ost**

Der 25. Jahrestag der Bewegung von 1968 ging in Italien, Frankreich und in Westdeutschland ohne große Feierlichkeiten und Gedenkveranstaltungen vorüber. In Paris, wo die Zeitung *Libération* mögliche Initiativen geplant hatte, entschied man, solche Veranstaltungen angesichts der für die Linke deprimierenden Lage nach den Parlamentswahlen und dem Selbstmord Pierre Bérégovoy's auf den 30. Jahrestag zu verschieben. In Bonn und Berlin beschränkte man sich darauf, im Fernsehen Filme und Diskussionsrunden zu zeigen; die Debatte über Gewalt gegen Ausländer enthält jedoch oft Anspielungen auf den Wertemangel der gegenwärtig heranwachsenden Jugend, für den

die 68er Generation verantwortlich sei.

Daß die Übermittlung einer politischen Tradition der 68er schwierige Probleme aufwirft, ist in Italien schon länger klar geworden, vor allem bei zwei Anlässen: In den zwei Jahrzehnten bis 1988 verarbeiteten die Medien Information und Desinformation, ohne auf den Widerstand einer eigentlich unabhängigen Tradition zu stoßen – außer in Teilen von der Frauenbewegung. Die Studentenbewegung „Pantera“ pflegte teilweise ein verzerrtes Bild von 1968 und von der Neuen Frauenbewegung und ließ beide ambivalent erscheinen.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß in Europa – im Gegensatz zu den USA – die Aufarbeitung der Erinnerung an '68 sowohl auf der symbolischen wie der historischen Ebene noch sehr zaghaft ist. Es gibt nur wenige Beispiele aus der künstlerischen Produktion, aber auch die historische Forschung zeigt sich wenig aktiv, vor allem hinsichtlich der Beziehungen zwischen einzelnen Ländern und des internationalen Vergleichs.

Es ist daher besonders bedeutsam, daß – dank der Initiative des Centre franco-allemand de Recherches en sciences sociales Berlin, der Universität Leipzig und der Außenstelle Leipzig des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen – eine Tagung zum Thema „1968 – Kultur und po-

litische Ereignisse eines europäischen Jahres“ in der Ex-DDR, in Leipzig, stattfand. Leipzig erscheint als ein besonders geeigneter Ort, um den Unterschied von 1968 im Osten und Westen Europas abzuschätzen. Am 30. Mai 1968 wurde die aus dem 13. Jahrhundert stammende Universitätskirche, eine Gründung der Dominikaner, gesprengt, um eine Verbindung zwischen dem Stadtzentrum und dem „sozialistischen Karl-Marx-Platz“ herzustellen. Gleichzeitig wurde, als Präventivmaßnahme mit Blick auf die Studentenunruhen im Westen, eine Strukturreform der Universität begonnen, die den Studenten bessere Lebens- und Studienbedingungen bot.

Die Haltung des damaligen Staatschefs Walter Ulbricht gegenüber dem Prager Frühling bestimmten ähnliche Befürchtungen, wie kürzlich Akten erwiesen, die Boris Jelzin tschechischen Forschern, darunter *Vaclav Kural*, freigab. Aus den Dokumenten geht hervor, daß Ulbricht unter den Partei- und Regierungschefs des Warschauer Paktes der verbissenste Befürworter eines bewaffneten Einmarsches in der Tschechoslowakei war.

Ein Gedenkstein auf dem Platz vor der Leipziger Universität erinnert daran, daß die zerstörte Kirche „zwei Weltkriege überlebte, aber nicht ein totalitäres Regime“. Wenige Schritte entfernt steht die Nikolai-

## Mitteilungen und Berichte

kirche, an der 1989 monatlang die Montagsdemonstrationen ihren Anfang nahmen, die zum Sturz des Regimes führen sollten. Will man vor diesem Hintergrund über 1968 diskutieren, so tauchen nahezu geradezu die großen Probleme der historischen Konzeptualisierung jener Epoche auf.

Es ist uns noch nicht gelungen, 1968 als europäische Bewegung zu sehen; wir wissen sehr wenig über die Kommunikationsbeziehungen zwischen den Ländern und über die Übertragung von Kampfformen und politisch-kulturellen Haltungen zwischen den USA und Europa. Vor allem haben wir gerade erst begonnen, die Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa zu verstehen und uns die damit zusammenhängenden Fragen zu stellen wie z.B., welches Echo der französische Mai '68 in Ländern wie Polen oder der Tschechoslowakei hatte und umgekehrt, wie gut westliche Studentenbewegungen die Prager Ereignisse kannten.

Was das letztgenannte Problem angeht, kann man die Hypothese wagen, die Reaktionen seien je nach Gruppe oder Flügel sehr unterschiedlich ausgefallen. Bei der neuen italienischen Linken zeugt schriftliches Material oft von starkem Zögern, die sowjetische Invasion zu verurteilen. Andererseits scheint die mündliche Erinnerung lebhaft Sympathie für den Prager Frühling zu registrieren –

aber auch hier spielen die damals und in der Folge eingenommenen politischen Haltungen eine Rolle. Zudem sind die zu einem Studium dieser Themen notwendigen Quellen in privaten Archiven oder ohne nähere Klassifizierung in öffentlichen Archiven angehäuft. Daher widerspiegelt die Forschungssituation das Durcheinander und die Verzettelung der Linken und ihrer Ideologien im heutigen Europa. Die Leipziger Tagung registrierte diese Probleme und Grenzen und versuchte einige Fortschritte, vor allem in den Diskussionen, die trotz sprachlicher Schwierigkeiten sehr lebhaft waren. Die Referate behandelten die Geschichte der 68er Bewegung in den einzelnen Ländern (mit Ausnahme von *Françoise Picq* [Paris], die die internationale Frauenbewegung betrachtete); obgleich sie einige vergleichende Aspekte enthielten, bewegten sie sich in der Substanz doch im Inneren der jeweiligen Länder. Unter den interessantesten Hypothesen findet sich die von *Wolfgang Engler* (Berlin) über den widersprüchlichen und latenten Charakter von 1968 in der DDR, wo keine spektakulären Ereignisse eintraten, aber langandauernde Prozesse in Gang kamen, die denen im Westen recht ähnlich sind. Es stachen die Fragen und Vorschläge hervor, die *Etienne François* (Berlin) und *Lutz Niethammer* (Essen/Jena) in der Anfangs- und Schlußrunde formu-

lierten: Kann man von einer gemeinsamen Charakteristik der 68er Bewegung sprechen? Falls dies zutrifft, in welcher Beziehung steht sie zu den Erscheinungsformen der amerikanischen Bewegungen und, allgemeiner, zu ihrer weltweiten Natur? Falls das Phänomen als europäisch betrachtet wird, wie artikulieren sich der Osten und der Westen? Ist es möglich, Hannah Arendts These von der Affinität des Angriffs auf die Bürokratie im Osten und dem Infragestellen des Kapitalismus im Westen historiographisch umzusetzen? Einige Fragen, die während der Leipziger Debatten aufgeworfen wurden, überstiegen das traditionelle Feld der Geschichtsschreibung und warfen die politischen Probleme der letzten Jahrzehnte auf: Wäre die Sowjetunion 1968 nicht militärisch in der Tschechoslowakei interveniert, hätte sich dann eine europäische Alternative entwickelt, die vielleicht den Linksextremismus in Deutschland und Italien hätte vermeiden können?

Ein zweites Feld der vergleichenden Forschung betrifft die längerfristigen Wirkungen. Sie sind im Falle Italiens und Polens besonders ausgeprägt – die Bewegung erstreckte sich dort, anders als in Frankreich und der Tschechoslowakei, über mehrere Jahre –, müssen aber ebenfalls beachtet werden, wenn man die '68er Bewegung in ihrer Gesamtheit verstehen will. In diesem Zusammenhang sei an die 1991 von Giovanni

Arrighi, Terence Hopkins und Immanuel Wallerstein formulierten Thesen erinnert, die die Vorgänge von 1989 als Fortsetzung von 1968 interpretieren („Antisystemic Movement“), insofern, als 1989 den Angriff auf die alten „antisystemischen“ Revolutionsideologien zu Ende geführt hätte, wenn auch auf andere Art. Diese Interpretation erscheint mir in gewisser Hinsicht überzeugend, läßt aber einige Probleme ungelöst. Um ein besonders wichtiges zu erwähnen: Die These der Kontinuität scheint die Tatsache zu übersehen, daß beide historischen Bewegungen sehr unterschiedliche Bedeutungen für die Frauen hatten. Beide Male waren die Frauen, wenngleich in widersprüchlicher Weise, Hauptbetroffene. 1968 markierte für sie den Ausgangspunkt verschiedener Formen der Befreiung, 1989 hingegen bedeutete in Osteuropa für sie das Ende einer ausschließlich wirtschaftlich-sozialen Emanzipation (ohne entsprechende Kritik auf der kulturellen und symbolischen Ebene und vor allem ohne eine neue Praxis der Beziehungen zwischen Frauen). Auch hier: Ende einer Ideologie, aber mit schwerwiegenden Folgen, wie die gegenwärtige weibliche Massenarbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR zeigt. In diesem Kontext erscheint die Kontinuitätsthese zu linear. Doch es ist möglich, daß der seither vergangene Zeitraum zu kurz

ist, unser Blick daher zu kurzfristig, um Zusammenhänge zu erfassen, die dereinst klar zutage treten werden.

Luisa Passerini  
(Aus dem Italienischen von  
André Mina)

### Frauen im Exil

Entgegen landläufiger Auffassung ist das Exil zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland noch lange nicht vollständig untersucht und erforscht. Gerade in bezug auf die Frauen sind noch etliche Lücken zu schließen. Dieser Aufgabe widmete sich die diesjährige Jahrestagung der Gesellschaft für Exilforschung, die vom 22. bis 24. Oktober 1993 in Berlin in den Räumen der Gedenkstätte Deutscher Widerstand stattfand. Dabei sollte, wie *Beate Schmeichel-Falkenberg* (Tübingen) einleitend betonte, nicht nur biographische Spurensuche betrieben, sondern zugleich auch Repräsentatives herausgearbeitet werden. Eine wichtige Frage sei auch, ob es spezifische Überlebensformen von Frauen im Exil gegeben habe.

Die ersten Referate beschäftigten sich mit den Schriftstellerinnen. *Siglinde Kaiser-Bolbecher* (Wien) wies auf den „demokratisierenden Effekt“ hin, den das Exil durch seine Erschütterung der traditionellen

Rollenmuster auf den Anteil und die Bedeutung der Schriftstellerinnen gehabt hatte. Aber während es nur wenigen gelang, in die männlichen Diskurse einzubrechen und sich dauerhaft dem späteren Exil-Nachbild einzuprägen, traf die Not der Emigrantexistenz in großem Maße die Frauen, die oft ohne Hilfe der Männer ihre Familie durchbringen mußten. Als Beispiel einer spezifisch weiblichen antifaschistischen Konzeption stellte *Kaiser-Bolbecher* den Roman „Als der Fremde kam“ von *Hermynia zur Mühlen* vor. Über den Ort der Frauen im Gesamtzusammenhang der antifaschistischen Exilliteratur sprach *Sonja Hilzinger* (Mainz). Anders als die meisten Männer schilderten die vorgestellten Frauen in ihren Romanen nicht das Heldenhafte, sondern versuchten, sich psychologisch in ihre jeweiligen weiblichen Hauptfiguren hineinzuversetzen. In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde die Frage nach möglichen weiblichen Spezifika der Exilliteratur sehr kontrovers beurteilt. *Barbara Bauer* (Marburg) versuchte, einen „Katalog“ frauenspezifischer Schreibweisen aufzustellen – größere Betonung der Alltagsgeschichte, häufige Wahl der Kindes-Perspektive, stärkere persönliche Selbstkritik –, dem vor allem von *Silvia Schlenstedt* (Berlin) heftig widersprochen wurde. Sie wies auf die sozialhistorischen Bedingungen des Schreibens von Frauen